

Seit den sechziger Jahren hat der technische Fortschritt in der deutschen Wirtschaft zu einem Produktivitätszuwachs geführt, der mit einer Vernichtung von Arbeitsplätzen einherging. Während in den siebziger Jahren der Staat durch öffentliche Ausgaben neue Arbeitsplätze schuf, wo alte wegfielen, reduzierte er seine Rolle seit den achtziger Jahren darauf, die Grundlagen des wirtschaftlichen Wettbewerbs abzusichern. Zur gleichen Zeit konnten die Unternehmen ihre Produktivität durch die Digitalisierung ein weiteres Mal erheblich steigern. Um jedoch auch ihren Umsatz zu steigern, mussten sie mehr exportieren, also ihren Anteil am Weltmarkt ausdehnen. Dies setzte eine Globalisierung bei gleichzeitiger Liberalisierung der Wirtschafts- und Arbeitswelt voraus. Mit dem Ende des ökonomischen Nationalismus fingen Staaten an, um Standortvorteile für die Niederlassungen großer Firmen zu konkurrieren. Mit der abnehmenden Macht der Nationalstaaten über die Gestaltung der Arbeitswelt ging eine Bedeutungssteigerung der WTO einher. Unternehmen konnten nun auf Augenhöhe mit Staaten über die Bedingungen für eine Niederlassung verhandeln. Den Zuschlag erhielten jene Regionen, wo die geringsten Löhne und die niedrigsten Steuern gezahlt werden mussten. Zwischen 1979 und 1994 steigen die Gewinne der Unternehmen um 90%, die Löhne nur um 6%. Zwischen 1992 und 2012 fällt der Anteil der Löhne am deutschen BIP von 57,73% auf 51,55%. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen steigen im gleichen Zeitraum von 100 auf 145 Milliarden Euro. Die Arbeitslosenquote steigt zwischen 1960 und 2012 von unter 1% auf über 7% an, während zugleich die private Nettoinvestitionsquote von über 9% auf unter 2% fällt.³⁶⁵ Es werden also immer geringere Anteile der Gewinne in Form von Löhnen ausgezahlt oder in die Produktion investiert.

Zugleich hat sich in den achtziger Jahren die Finanzwirtschaft als eigene Wirtschaftsform etabliert. Dies wurde wiederum nicht zuletzt durch die Digitalisierung möglich, die zu einer extremen Verkürzung der Kapitalumschlagszeit geführt, ja sie im Bereich des HTF sogar in den Bereich von Millisekunden gesenkt hat (vergl. Kapitel über Algotrading). Unternehmen können also in der immateriellen Finanzwirtschaft höhere Gewinne erzielen als im Bereich der materiellen Produktion. Entsprechend folgen Investitionen in der realen Wirtschaft heute jenen in der Finanzwirtschaft: Ob, was und wo produziert wird, hängt nicht von den mit der Produktion zu erzielenden Gewinnen ab, sondern von den Renten, die durch Spekulation auf diese Gewinne auf den Weltfinanzmärkten erzielt werden können. In diesem Sinne ist die Finanzwirtschaft heute die Leitwirtschaft, von der die sonstigen Märkte indirekt abhängen. Zuletzt, gewissermaßen am Ende der Wertschöpfungskette, gilt dies auch für die Arbeitsmärkte, welche seit den achtziger Jahren so weitgehend dereguliert worden sind, dass Arbeit möglichst frei und ungebunden verfügbar ist und je nach Bedarf eingekauft werden kann.

Die durch die Digitalisierung möglich gewordene Produktivitätssteigerung hat in allen Branchen dazu geführt, dass für die Wertschöpfung immer weniger Arbeit benötigt wird. Dies hat zunächst vor allem die einfachen Tätigkeiten betroffen, für die keine besonderen Qualifikationen nötig waren. Diese Schwelle wird jedoch durch den technischen Fortschritt immer weiter erhöht. Mittlerweile hat der Arbeitsplatzabbau durch Digitalisierung längst die Mittelstandsberufe erreicht. Gefragt sind heutzutage einerseits Spezialisten und Fachkräfte, andererseits hochqualifizierte Multitalente, die sich vor allem durch soft skills auszeichnen, etwa durch Problemlösungskompetenz, Kommunikationsfähigkeit, und eine hohe Selbstständigkeit. Sie werden benötigt, um die kontinuierliche Entwicklung von Produktneuheiten, mit denen die Wirtschaft auf die Schwierigkeit der Erschließung neuer und Gewinnaussichten von Unternehmen hängen heutzutage 4939 nicht mehr wesentlich davon ab, wie viele Mitarbeiter wie viele Arbeitsstunden für das Unternehmen leisten. Viel wichtiger ist die Einbindung der sozialen und intellektuellen Kompetenzen der Mitarbeiter in die für die Produktion maßgeblichen Prozesse.

Obwohl zur gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung immer weniger Arbeit benötigt wird, ist

Arbeit nach wie vor die Eintrittskarte nicht nur zu gesellschaftlicher Anerkennung, sondern auch zu sozialer Absicherung. Wer nicht von Hartz IV leben möchte und über kein eigenes Vermögen verfügt, ist gezwungen zu arbeiten, da er nur auf diesem Wege ein Einkommen erzielen kann. Dies mag berechtigt gewesen sein in Zeiten, in denen die Erwerbstätigen die Nicht-Erwerbstätigen über ihre Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen mitfinanzieren mussten. Die Digitalisierung hat jedoch eine Situation herbeigeführt, in der nur noch ein Bruchteil der zur Verfügung stehenden Arbeit benötigt wird. Diskontinuierliche Erwerbsbiographien sind zum Normalfall geworden, feste Arbeitsverhältnisse zur Ausnahme. Die Unmöglichkeit, auf der Basis von Arbeit eine soziale Absicherung für alle zu erreichen, ist an den wiederkehrenden Prognosen einer Altersarmut vieler prekär Beschäftigter deutlich ablesbar. In einer Gesellschaft, die für die soziale Absicherung und gesellschaftliche Teilhabe ihrer Bürgerinnen und Bürger ein aus Lohnarbeit erzielttes Einkommen voraussetzt, bedeutet dies, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger ganz oder teilweise von solcher Absicherung und Teilhabe ausgeschlossen sind.

Deshalb wird von zahlreichen gesellschaftlichen Akteuren mittlerweile über Möglichkeiten diskutiert, Lohnarbeit und Einkommen zu entkoppeln. Zum einen ist hier die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen zu nennen, das unabhängig von einer Bedürftigkeitsprüfung sowie ohne Gegenleistung ausgezahlt werden soll. Dadurch soll allen Bürgerinnen und Bürger eine möglichst freie und unabhängige Gestaltung ihres Lebenswegs ermöglicht werden. Finanziert werden müsste ein bedingungsloses Grundeinkommen durch eine steuerliche Umverteilung. Zum anderen wird über die Einführung eines Bürgergelds diskutiert, das bestehende Sozialleistungen wie Hartz IV größtenteils ersetzen und im Wesentlichen zu einer Verbilligung von Arbeit und somit zu einem Beschäftigungswachstum führen soll. Finanziert werden könnte es durch den Abbau bestehender Sicherungssysteme sowie derzeit vom Staat zur Verfügung gestellter Infrastrukturleistungen.